

Ergebnisprotokoll über die 1. Sitzung des geschäftsführenden
Vorstandes des Wirtschaftsrates der CDU am 5. Februar 1964
im Hotel Königshof, Bonn, von 17.00 bis 21.00 Uhr.

Anwesend:

Dr. Curt Becker
Dr. Alexander Elbrächter
Franz Etzel
Franz Greiss
Hans Hartwig
Althons Horten
Alwin Münchmeyer

Albrecht Pickert
Clemens Riedel
Dr.-Ing. Klaus H. Scheufelen
Hans-Joseph Schneider
Heinz Strangemann

Prof. Alfred Hartmann
als Berichterstatter

Dr. Herbert B. Schmidt

Tagesordnung:

1. EntschlieÙung zum Steueränderungsgesetz 1964
2. Wahl des Schatzmeisters aus dem Kreise des geschäftsführenden Vorstandes
3. Fortsetzung der Aussprache der Gesamtvorstandssitzung über
 - a) WerbemaÙnahmen
 - b) Tätigkeit des Wirtschaftsrates der CDU
4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: EntschlieÙung zum Steueränderungs-
gesetz 1964

1. Professor Hartmann referiert über die von der Arbeitskommission des Wirtschaftsrates der CDU erarbeitete EntschlieÙung. Er berichtet über seine Gespräche mit den Staatssekretären Langer, BMW, und Grund, BMF, sowie mit dem Steuerreferenten des BMW, Fischer. Staatssekretär Langer habe sich auch schriftlich zu den wichtigen Punkten zustimmend, zu drei Punkten mit Vorbehalt geäußert. Staatssekretär Grund stünde der EntschlieÙung ebenfalls weitgehend positiv gegenüber, habe jedoch Bedenken wegen des zu erwartenden Steuerausfalls. Im einzelnen wird folgendes ausgeführt:
 - a) Einleitung der EntschlieÙung: Die Notwendigkeit der Steuer-
tarifsenkung positiver formulieren.
 - b) Zu Punkt 1 der EntschlieÙung: Text unverändert belassen.
 - c) Zu Punkt 2 der EntschlieÙung: Staatssekretär Langer ist für
degressive Abschreibungen bei Gebäuden. Staatssekretär Grund
ist für die lineare Abschreibung. Prof. Hartmann schlägt vor,
Abs. 2 (gemischt genutzte Gebäude) zu streichen.
 - d) Zu Punkt 3 der EntschlieÙung: Staatssekretär Langer hat Beden-
ken insbesondere gegen Abs. 2 (Abschreibung über 100% hinaus);

es bestünden gesellschafts- und währungspolitische Bedenken. Prof. Hartmann empfiehlt deshalb Streichung von Abs. 2

Nach Ansicht von Staatssekretär Langer müßte ein Ermächtigungsgesetz mit einem konjunkturpolitischen Instrumentarium kommen, in das man bestimmte Forderungen hineinnehmen könne.

- e) Zu Punkt 4 der Entschliessung: Staatssekretär Langer hat bei positiver Gesamtwürdigung nicht näher präzierte Bedenken. Staatssekretär Grund ist einverstanden mit Abs. 1 mit dem Grundsatz der Übertragbarkeit auf jedes Wirtschaftsgut des Anlagevermögens. Daran sollte festgehalten werden. Es bestehe wenig Aussicht, den 2. Absatz durchzubringen.
- f) Zu Punkt 5 der Entschliessung: Gegen ihn bestehen bei beiden Ministerien Bedenken. Die Erhöhung der Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 600.- auf 1 000.- DM würde einen Steuerausfall von 1 Milliarde zur Folge haben. Prof. Hartmann empfiehlt, Punkt 5 aus der Entschliessung zu streichen.
- g) Zu Punkt 6 der Entschliessung: Diesen Punkt hält Prof. Hartmann für eine sehr wichtige Forderung. Es sei ungerecht, daß Einzelunternehmen und Familiengesellschaften nichtentnommene Gewinne nach progressiven Einkommensteuertarifen versteuern müssen. Man könne hier aber nicht nur bei der Einkommensteuer ansetzen, sondern das berührt auch die Frage der Körperschaftsteuer. Das Problem eigne sich jedoch schlecht für eine Behandlung in diesem Sofortprogramm. Das Finanzministerium sei bereit, dies noch einmal zu überprüfen. Eine Änderung in Hinsicht auf § 10a EStG sei aber nicht im Rahmen des jetzigen Steueränderungsgesetzes vorgesehen.
- h) Zu Punkt 7 der Entschliessung: Prof. Hartmann schlägt vor, Punkt 7 zu streichen, da er nicht von großer steuerpolitischer Bedeutung sei.
- i) Zu Punkt 8 der Entschliessung: Carry back ist in Zeiten einer Depression sehr wichtig. Staatssekretär Langer habe zu diesem Punkt volle Zustimmung gegeben. Da Staatssekretär Grund sich nicht dazu geäußert habe, könne Punkt 8 der Entschliessung stehenbleiben.
- k) Zu Punkt 9 der Entschliessung: Die Wertpapiersteuer soll ganz abgeschafft und die Gesellschaftssteuer harmonisiert werden. Dazu volle Zustimmung vom BMW und BMF.
- l) Zu Punkt 10 der Entschliessung: Staatssekretär Langer habe hierbei auf die starke Minderung des Gewerbesteueraufkommens hingewiesen. Prof. Hartmann schlägt vor, diese Forderung trotzdem aufrecht zu halten.
- m) Zu Punkt 11 der Entschliessung: Beide Ministerien seien grundsätzlich einverstanden.

2. Aussprache und Abstimmung über die einzelnen Punkte der Entschliessung.

Präambel:

Grundsätzliche Bejahung zum Steueränderungsgesetz und zur Tarifenkung müsse in der Entschliessung stärker zum Ausdruck kommen (Münchmeyer). Formulierungsvorschlag: "Wir kennen die Haushaltslage und wissen, daß manche Wünsche vorerst nicht erfüllt werden können. Wir halten es aber für wichtig, daß die Wirtschaft funktionsfähig und damit steuerkräftig erhalten bleibt."

- 3 -

Punkt 1: Unverändert belassen.

Zu Punkt 2 wird einstimmig beschlossen, den Satz im letzten Absatz: "insbesondere der in Leichtbauweise errichteten" zu streichen.

Zu Punkt 3 schlägt Prof. Hartmann vor, die Fassung des Absatzes 1 zu ändern. Beide Ministerien hätten erklärt, die Durchsetzung dieses Punktes würde einer Anerkennung der Geldentwertung gleichkommen. Die dynamische Sozialrente sei eigentlich genug.

Einstimmiger Beschluß: Punkt 3 der Entschliessung soll mit folgender Änderung bestehen bleiben: Die Klammer im ersten Absatz soll bleiben, im zweiten Absatz solle nur auf die Verkürzung der Nutzungsdauer auf sieben Jahre hingewiesen werden, und zusätzlich vielleicht noch der Satz hinzugefügt werden: "Sollte die technische Entwicklung eine noch kürzere Abschreibungsdauer erfordern, dann muß dafür Vorsorge getroffen werden."

Zu Punkt 4: Bei Auflösung von stillen Reserven solle nicht nur die Reinvestition steuerfrei bleiben, sondern auch die Zuführung zum Eigenkapital.

Vorschlag Prof. Hartmann zu Abs. 2: "Falls bei der Auflösung von stillen Reserven im vorstehenden Sinne nicht sofort eine Reinvestition erfolgt, soll der entstandene Veräußerungsgewinn einem ermäßigten Steuersatz unterliegen, sofern er dem Eigenkapital zufließt."

Punkt 5 soll gestrichen werden.

Punkt 6 soll gestrichen werden.

Punkt 7 soll gestrichen werden.

Punkt 8 bleibt bestehen.

Punkt 9: Die Wertpapiersteuer müsse auf jeden Fall abgeschafft werden. Bezüglich der Gesellschaftsteuer ist der Wirtschaftsrat bereit, dem Vorschlag von Staatssekretär Langer zu folgen.

Punkt 10 bleibt bestehen, auch wenn die Aussichten für diesen Punkt nicht sehr groß sind.

Punkt 11 soll unverändert belassen bleiben.

3. Es wird beschlossen, eine Redaktionskommission einzuberufen, bestehend aus den Herren Prof. Hartmann, Dr. Becker und Konsul Pickert.
4. In der anschliessenden Aussprache zur Entschliessung werden noch folgende Punkte diskutiert:
 - a) Zur Unterstützung der in der Entschliessung vertretenen Ansichten sei vor allem notwendig, Kontakt mit den Abgeordneten durch die Vorstandsmitglieder aufzunehmen. Darüber hinaus sei eine breitere Resonanz in der Öffentlichkeit durch entsprechende Publizität nötig, um sich bei den Abgeordneten durchzusetzen. Die Abgeordneten müßten das Gefühl haben, daß wirklich etwas hinter dem Wirtschaftsrat stünde, daß über ihn nicht hinweggegangen werden könne (Pickert).
 - b) Nach längerer Diskussion wird zur Frage der Veröffentlichung der Steuerentschliessung beschlossen, daß die redaktionelle Endfassung der Entschliessung dem Vorsitzenden übergeben wird. Dieser möge über die publizistische Verwendung beschliessen. Im übrigen soll eine allgemeine Pressekonferenz abgehalten werden, etwa in der ersten Hälfte April.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl des Schatzmeisters aus dem Kreise des geschäftsführenden Vorstandes

Behandlung wird zurückgestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Fortsetzung der Aussprache der Gesamtvorstandssitzung

a) über Werbemaßnahmen

Die vorgesehenen Regionalveranstaltungen in Hannover, Karlsruhe, Hamburg und Stuttgart werden erläutert. Die Hamburger Veranstaltung soll auf April verlegt werden, da Herr Schmücker nicht zur Verfügung stehen kann. Bei den anderen drei Veranstaltungen ist die Teilnahme von Herrn Schmücker gesichert.

b) über Tätigkeit des Wirtschaftsrates der CDU

Hier ergibt sich eine Diskussion über die Frage der Vermögensbildung in der deutschen Wirtschaft und die Anforderungen, die aus den Gedanken der Vermögens-Denkschrift der Kirchen und des Investivlohnes an sie herangetragen werden. Vordringliche kurzfristige Aufgabe des Wirtschaftsrates besteht darin, anlässlich des Parteitages in Hannover dafür zu sorgen, daß vom Wirtschaftsrat möglichst viele Sachkundige als Delegierte oder Gastdelegierte zu diesem Thema sprechen können, wobei eine Vorbereitung durch den Wirtschaftsrat erforderlich sei. Obwohl konkrete Unterlagen kurzfristig nicht zu erhalten seien, soll geprüft werden, ob Unterlagen bei den Großbanken und beim DIHT vorhanden sind. Für die langfristige Behandlung dieses Themas wird der geschäftsführende Vorstand eine Arbeitskommission einberufen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Verschiedenes

Entfällt.

Bonn, den 13. Februar 1964

.....
(Dr. Herbert B. Schmidt)
Geschäftsführer